

Europa trennt Ost und West

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 119 vom 24. Mai 2024

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 119 vom 24. Mai 2024, S. 10,
unter dem Titel:

"Geteiltes Deutschland. Osten und Westen haben ein
sehr unterschiedliches Bild von der EU."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Bedeutung der Europawahl und die Absicht, wählen zu gehen
	A	2	Akzeptanz von europakritischen Parteien wächst
	A	3	Potentiale von AfD und BSW in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland
	A	4	„Europa ist unsere Zukunft“
	A	5	Profitieren die Bürgerinnen und Bürger von der EU?
	A	6	Zukunftsperspektive für die Europäische Union
	A	7	Viele befürchten ein Auseinanderdriften in der EU
	A	8	Unsicherheit bei der Einschätzung zukünftiger Wettbewerbs- fähigkeit
	A	9	Auswirkungen der EU-Politik auf die Wirtschaft: teils positiv, teils negativ
	A	10	Unternehmen sehen die Auswirkungen der EU-Politik auf die Wirtschaft kritischer
	A	11	Muss die EU mehr für die Wirtschaft tun?
	A	12	Sollen Umwelt- und Klimaschutz Schwerpunkte bleiben?
	A	13	Wichtige Themen für die EU
	A	14	Die große Mehrheit der EU-Befürworter glaubt an einen gemeinsamen Wertekanon
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Bilanz der Mitgliedschaft
		2	Viel Kritik im Osten ...
		3	... und mehr Anerkennung im Westen
		4	Einflussreich
		5	Wertegemeinschaft
		6	Europäische Werte

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Europa trennt Ost und West

Mit der Annäherung an die Europawahl wächst die Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Noch vor 8 Wochen trauten sich 35 Prozent kein Urteil zu, ob diese Wahl große Bedeutung hat; jetzt sind nur noch 22 Prozent unentschieden, während die Überzeugung, dass diesem Ereignis besondere Bedeutung zukommt, von 34 auf 48 Prozent angewachsen ist. Auch die Entschlossenheit nimmt zu, sich an der Wahl zu beteiligen, und liegt zurzeit über dem Niveau von 2019. Tabelle A 1

Einer der Gründe ist das Erstarken europakritischer Parteien; 52 Prozent der Bürger halten diese Entwicklung, die sich in Deutschland wie in anderen Mitgliedsländern abzeichnet, für bedenklich. Immerhin knapp jeder Fünfte kann diesem Trend jedoch Positives abgewinnen, ein deutlicher Anstieg gegenüber 2019. Auch damals waren die Zugewinne für nationalistische europakritische Parteien durchaus schon ein Thema und für die Mehrheit Anlass zur Besorgnis. Nur 13 Prozent bewerteten jedoch vor 5 Jahren diese Tabelle A 2

Entwicklung positiv, aktuell 19 Prozent. Auch darin zeigt sich die wachsende Unterstützung für europakritische Parteien.

Sie wächst nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland. Dort kann sich knapp jeder Vierte vorstellen, bei der Europawahl für die AfD zu votieren, gut jeder Vierte zählt zum weiten Potential des BSW. Auch wenn diese weiten Potentiale nur zum Teil ausgeschöpft werden, sind die Chancen für beide Parteien in Ostdeutschland weitaus größer als in Westdeutschland. Das hat nicht nur damit zu tun, dass auch unabhängig von der Europawahl AfD und BSW in Ostdeutschland weitaus mehr Anhänger haben. Nicht nur die Parteisympathien, auch die Haltung zu Europa trennen Ost und West, und diese Diskrepanz wächst.

Tabelle A 3

Während die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung überzeugt ist, dass der europäische Weg für Deutschland der richtige ist, glauben das nur 40 Prozent der Ostdeutschen. Im Westen gehen 24 Prozent davon aus, dass die Beschlüsse auf europäischer Ebene für die Bürger überwiegend Nachteile mit sich bringen, im Osten 43 Prozent. Signifikant weniger als die westdeutsche ist die ostdeutsche Bevölkerung überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU für Deutschland überwiegend Vorteile mit sich bringt. Das Bild von der EU ist in Ost und West ein anderes – fast als seien beide Landesteile

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Schaubild 1

noch getrennt. Auch in Westdeutschland gibt es zwar weit verbreitet Kritik an der europäischen Ebene, insbesondere an der Brüsseler Bürokratie, Regelungswut, Mittelverschwendung und Schwerfälligkeit, aber nicht annähernd so ausgeprägt wie in Ostdeutschland. In der Kritik an dem europäischen Beitrag zur Lähmung durch Bürokratie sind sich West und Ost noch weitgehend einig: 68 Prozent der Westdeutschen, 83 Prozent der Ostdeutschen assoziieren die EU mit überbordender Bürokratie. Die Vorwürfe der Mittelverschwendung, der überzogenen Regulierung und Schwerfälligkeit werden jedoch in Westdeutschland weitaus weniger erhoben, von rund 40 Prozent der Bürger, dagegen in Ostdeutschland von über 60 Prozent. Weitaus mehr als Westdeutsche befürchten Ostdeutsche auch, dass durch die europäische Ebene das Typische, die Eigenart der Mitgliedsländer verloren geht.

Schaubild 2

Gleichzeitig sind die Bürger in Ostdeutschland weitaus weniger vom Sinn und Nutzen der EU überzeugt. Das gilt für die Einschätzung, dass ein solcher Zusammenhalt notwendig ist, um sich gegenüber Großmächten wie USA und China zu behaupten, wie für den Beitrag der EU zur Friedenssicherung in Europa. 59 Prozent der Westdeutschen sehen in der EU einen notwendigen Zusammenschluss, um die geopolitischen Herausforderungen zu bestehen, nur 37 Prozent der Ostdeutschen. Auch als

Schaubild 3

Wertegemeinschaft, wirtschaftliches Schwergewicht oder Machtfaktor in der Welt wird die EU im Osten weitaus weniger anerkannt als im Westen. Während sich dort Anerkennung und Kritik weitgehend ausbalancieren, dominiert in Ostdeutschland die Kritik bei weitem. Entsprechend finden die europakritischen Positionen von AfD und BSW dort einen ganz anderen Resonanzboden. Ihre Anhänger verbinden Zweifel, ob der europäische Weg überhaupt vernünftig ist. Insbesondere die Anhänger der AfD sprechen sich mehrheitlich dagegen aus, den europäischen Weg weiterzugehen, aber auch die relative Mehrheit der Anhänger der BSW. Von den Anhängern der anderen Parteien unterstützen zwischen 53 und 78 Prozent den europäischen Weg, von den Anhängern des BSW 34 Prozent, von den Anhängern der AfD gerade einmal 11 Prozent.

Tabelle A 4

Aber nicht nur Ost und West haben einen unterschiedlichen Blick auf Europa, sondern auch die sozialen Schichten. Der europäische Weg wird vor allem von den höheren sozialen Schichten unterstützt und vorangetrieben, während die schwächeren Schichten den Prozess distanzieren und teilweise auch besorgt verfolgen. In den höheren Schichten sehen 74 Prozent keine überzeugende Alternative zum europäischen Weg, in den schwächeren Schichten nur 37 Prozent. Während in den höheren Schichten die Mehrheit überzeugt ist, dass die Regelungen auf europäischer Ebene für

Tabelle A 4

Tabelle A 5

die Bürger überwiegend Vorteile mit sich bringen, gehen die schwächeren Schichten eher von Nachteilen aus. Auch in Bezug auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union fällt die Einschätzung der sozialen Schichten weit auseinander: Nur die höheren Schichten sind überwiegend optimistisch, die Mittelschicht und insbesondere die schwächeren sozialen Schichten pessimistisch.

Tabelle A 6

Insgesamt dominiert zurzeit Skepsis. Nur 34 Prozent der Bürger sind in Bezug auf die Zukunftsperspektiven der Europäischen Union hoffnungsvoll gestimmt, 45 Prozent besorgt. Viele fürchten, dass der Zusammenhalt eher schwächer als stärker wird. Das Zutrauen in die Wirtschaftskraft der Union geht seit Jahren zurück und die Unsicherheit ist groß, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft entwickeln wird. Nur gut jeder Fünfte ist zuversichtlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer der EU in den nächsten 5 Jahren zunimmt. Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass die europäische Ebene für die Chancen und Risiken der nationalen Volkswirtschaften von größter Bedeutung ist. 72 Prozent schreiben der EU großen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft zu. Nur eine Minderheit hat jedoch den Eindruck, dass dieser Einfluss überwiegend zu einer Stärkung der nationalen Volkswirtschaften führt; 50 Prozent gehen davon aus, dass die europäischen Regelungen und Vorgaben teilweise positive, aber auch negative

Tabelle A 6

Tabelle A 7

Tabelle A 8

Schaubild 4

Tabelle A 9

Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, gut jeder Achte sieht sogar überwiegend Regelungen, die die Wirtschaft schwächen. Befragungen von Unternehmen zeigen ein weitaus kritischeres Urteil: Jedes zweite Unternehmen zieht zurzeit die Bilanz, dass die europäische Ebene die nationalen Wirtschaften schwächt, nur 27 Prozent sehen überwiegend eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Beklagt wird vor allem ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie, das Ressourcen bindet und unternehmerische Spielräume einschränkt. Es ist ein Problem, dass die Bevölkerung zwar die Bedeutung der europäischen Ebene für die Wirtschaft sieht, die Brüsseler Pläne und Maßnahmen aber kaum Gegenstand von detaillierter Information und öffentlicher Diskussion sind – von spektakulären Beschlüssen wie dem Verbrennerverbot abgesehen. Dies trägt dazu bei, dass sich weite Kreise der Bevölkerung kein Urteil zutrauen, ob die Politik der Europäischen Kommission ausreichend auch an dem Ziel ausgerichtet ist, wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Nur rund jeder Vierte hat Vertrauen, dass dies der Fall ist, 32 Prozent keinerlei Vertrauen; 41 Prozent sind in dieser Frage unsicher und trauen sich kein Urteil zu. Die vorrangige Fokussierung auf den Green Deal möchten die meisten in der anstehenden Legislaturperiode nicht fortgesetzt sehen; sie fordern eine stärkere Berücksichtigung anderer Themen, insbesondere die Stärkung der Wirtschaft, die

Tabelle A 10

Tabelle A 11

Tabelle A 12

Regelung der Migration und die Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Hier gibt es allerdings einen gravierenden Dissens zwischen den Anhängern der Grünen, aber auch der SPD und Linken einerseits und den Anhängern der übrigen Parteien. Insbesondere die Anhänger der Grünen votieren mit überwältigender Mehrheit dafür, Umwelt- und Klimaschutz auch in den nächsten Jahren in der Europäischen Agenda Vorrang einzuräumen; gut jeder zweite Anhänger der der SPD unterstützt dieses Votum. Unter den Anhängern der anderen Parteien, von CDU/CSU und FDP bis AfD und BSW, fordert die Mehrheit eine stärkere Fokussierung auf andere Anliegen.

Tabelle A 13

Tabelle A 12

Der künftige Rückhalt für den europäischen Staatenbund wird in hohem Maße davon abhängen, wie weit sich die EU erfolgreich dem härter werdenden internationalen Wettbewerb und den geopolitischen Herausforderungen stellt und überzeugende nachhaltige Konzepte für Migration findet. Das Ziel der Konferenz von Lissabon, die EU zum wettbewerbsfähigsten Kontinent zu machen, ist in den letzten Jahren aus dem Blick geraten. Das Agieren der Brüsseler Bürokratie weckt teilweise Zweifel an der Wirtschaftsaffinität dieser einflussreichen Institution. In die Migrationspolitik ist zwar unter dem Eindruck des Erstarkens nationalistischer Kräfte Bewegung geraten, aber noch nicht genug, um das Vertrauen der Bürger zu gewinnen, dass Zuwanderung verstärkt kontrolliert und auch an

den Interessen Europas ausgerichtet wird. Die geopolitischen Entwicklungen stellen Europa verstärkt vor Herausforderungen, wie die Verteidigungsfähigkeit sichergestellt, mehr belastbare Bündnisse geschmiedet und Europa als Wertegemeinschaft gestärkt und verteidigt werden können.

Dieser letzte Aspekt wird völlig unterbewertet. Europa wird immer mehr von autokratischen Regimes herausgefordert, bei denen Demokratie wenn überhaupt nur Fassade ist. Rechtssicherheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Absicherung von Schwächeren, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung – es gibt nicht viele Länder außerhalb des europäischen Kontinents, die sich diesem eindrucksvollen Wertekanon verpflichtet fühlen. Die europäische Ebene und die Mitgliedsländer handeln dies unter Wert, beschäftigt mit stetem Aushandeln von Kompromissen und Regulierungen, aus denen oft wenig Vertrauen in die Menschen wie in die Wirtschaft spricht.

Wenn die Bürger ihr Bild von der EU beschreiben, entwickeln zunächst 40 Prozent die Vorstellung, dass es ein Staatenbund ist, in dem sich Länder mit ähnlichen Wertvorstellungen zusammenfinden. Wenn explizit die Frage gestellt wird, ob es gemeinsame Werte und Vorstellungen gibt, die Europäer von anderen unterscheiden, zeigen sich 55 Prozent überzeugt, dass das der Fall ist,

Schaubild 3

Schaubild 5

nur 27 Prozent widersprechen dezidiert. Von denjenigen, die sich mit dem europäischen Weg identifizieren, sind annähernd drei Viertel von einem spezifischen und gemeinsamen europäischen Wertekanon überzeugt. Tabelle A 14

Europäische Werte, das sind für die große Mehrheit vor allem Demokratie, Achtung der Menschenwürde, Meinungsfreiheit, die individuelle Freiheit, sein Leben zu gestalten, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung und Weltoffenheit. Auch Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und der Schutz von Privateigentum sind für viele Werte, die in Europa hochgehalten werden. Die Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon zeigen, dass das Fundament für eine Identifikation mit diesem Kontinent existiert und das Potential hat, der EU Strahlkraft zu verleihen nach innen und außen. Schaubild 6

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1093
Befragungszeitraum:	4.05. bis 16.05.2024
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Bedeutung der Europawahl und Absicht,
wählen zu gehen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die kommende Europawahl eine besonders wichtige Wahl ist, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	
	März 2024	Mai 2024
	%	%
Besonders wichtige Wahl	34	48
Glaube ich nicht	31	30
Unentschieden, keine Angabe	<u>35</u>	<u>22</u>
	100	100

FRAGE: "Werden Sie bei der Europawahl wählen gehen? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2019	2024
	%	%
„ja, ganz sicher“	42	48
„ja, wahrscheinlich“	27	30
„wahrscheinlich nicht“	13	8
„sicher nicht“	10	6
Unentschieden, weiß noch nicht	<u>8</u>	<u>8</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12002, 12083, 12086

Akzeptanz von europakritischen Parteien wächst

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Europakritische Parteien werden nach der Europawahl im Juni voraussichtlich über deutlich mehr Sitze im EU-Parlament verfügen als bisher. Finden Sie das eine gute Entwicklung, oder finden Sie das eher bedenklich, oder ist Ihnen das egal?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2019	2024
	%	%
Gute Entwicklung	13	19
Bedenklich.....	56	52
Ist mir egal.....	14	15
Unentschieden	<u>17</u>	<u>14</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12001, 12083

Potentiale von AfD und BSW in Ostdeutschland
wesentlich höher als in Westdeutschland

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Im Juni dieses Jahres finden Europawahlen statt. Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der Europawahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
AfD	14	11	24
BSW	15	12	28

Auszug

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

„Europa ist unsere Zukunft“

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft‘. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"

	Bevölkerung			Sozioökonomischer Status		
	insg.	West	Ost	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%	%	%
Ja, das stimmt	53	56	40	37	52	74
Nicht richtig	24	22	29	32	25	11
Unentschieden	23	22	31	31	23	15
	100	100	100	100	100	100

	Anhänger der -						
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Die Linke Grüne	AfD	BSW	
	%	%	%	%	%	%	%
Ja, das stimmt	57	61	56	78	53	11	34
Nicht richtig	20	21	27	2	14	55	38
Unentschieden	23	18	17	20	33	34	28
	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Profitieren die Bürgerinnen und Bürger von der EU?

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das ganz allgemein: Glauben Sie, dass die Bürger von den Regelungen und Vorgaben, die es von der EU gibt, alles in allem profitieren, oder glauben Sie eher, dass die Bürger dadurch Nachteile haben?"

	Bevölkerung			Sozioökonomischer Status		
	insg.	West	Ost	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%	%	%
Profitieren.....	34	37.....	18	23.....	29.....	56
Haben Nachteile.....	27	24.....	43	38.....	29.....	13
Unentschieden	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>42</u>	<u>31</u>
	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Zukunftsperspektive für die Europäische Union

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Zukunft der Europäischen Union denken:
Sehen Sie der Zukunft der EU eher mit Hoffnungen oder eher mit
Befürchtungen entgegen?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Mit Hoffnungen	34	27	32	47
Mit Befürchtungen	45	51	46	35
Unentschieden	<u>21</u>	<u>22</u>	<u>22</u>	<u>18</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Viele befürchten ein Auseinanderdriften
in der EU

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was glauben Sie: Wie wird sich die EU in den nächsten Jahren entwickeln? Wird der Zusammenhalt in der EU in den nächsten Jahren eher stärker oder eher schwächer?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Eher stärker.....	22
Eher schwächer	39
Schwer zu sagen, keine Angabe.....	<u>39</u>
	100

Unsicherheit bei der Einschätzung zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wird sich Ihrer Meinung nach die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den nächsten 5 Jahren eher gut oder eher schlecht entwickeln?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Eher gut.....	21
Eher schlecht	34
Schwer zu sagen, keine Angabe.....	<u>45</u>
	100

Auswirkungen der EU-Politik auf die Wirtschaft:
teils positiv, teils negativ

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie wirkt sich die Politik der EU Ihrer Ansicht nach auf die Wirtschaft in den Mitgliedsländern aus: Stärkt oder schwächt die EU mit ihrer Politik die Wirtschaft in den Mitgliedsländern?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Stärkt Wirtschaft.....	22
Schwächt sie.....	13
Teils, teils	50
Es gibt keine Auswirkungen	2
Unentschieden	<u>13</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Unternehmen sehen die Auswirkungen der EU-Politik auf die Wirtschaft kritischer

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Führungskräfte aus der
Wirtschaft

FRAGE: "Wie wirkt sich die Politik der EU Ihrer Ansicht nach auf die Volkswirtschaften in Europa aus: Stärkt oder schwächt die EU mit ihrer Politik die Volkswirtschaften in Europa?"

Falls: „Schwächt“/„Teils/teils“:

FRAGE: "Welche Impulse der europäischen Ebene schwächen die Volkswirtschaften?"

	Führungskräfte aus der Wirtschaft insgesamt
	%
Stärkt Volkswirtschaften	27
Schwächt sie	50
Teils, teils	15
<u>Es schwächen vor allem:</u> Überregulierung, Bürokratie	51
Es gibt keine Auswirkungen	3
Unentschieden	<u>5</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 9242, Dezember 2023

Muss die EU mehr für die Wirtschaft tun?

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Wird dem Ziel, dass die Wirtschaft in Europa gut laufen soll, von der EU ausreichend Bedeutung beigemessen, oder wird dieses Ziel von der EU Ihrem Eindruck nach eher vernachlässigt?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Hat ausreichend Bedeutung.....	27
Wird vernachlässigt.....	32
Unentschieden	<u>41</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Sollen Umwelt- und Klimaschutz
Schwerpunkte bleiben?

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In den vergangenen Jahren lag der Schwerpunkt der Arbeit der EU darauf, den Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben. Sollte die EU den Schwerpunkt Umwelt -und Klimaschutz auch in den nächsten Jahren beibehalten, oder sollte sich die EU in den nächsten Jahren verstärkt auf andere Themen konzentrieren?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der -						
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Die Linke Grüne	AfD	BSW	
	%	%	%	%	%	%	%	
Umwelt-/ Klimaschutz beibehalten.....	36	23	51	27	81	49	10	33
Auf andere Themen konzentrieren	50	59	38	55	9	39	82	58
Unentschieden	<u>14</u>	<u>18</u>	<u>11</u>	<u>18</u>	<u>10</u>	<u>12</u>	<u>8</u>	<u>9</u>
	100	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Wichtige Themen für die EU

Tabelle A 13
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE an Personen, die fordern, dass sich die EU verstärkt auf andere Themen als bisher konzentrieren soll:

"Und auf welche Themen sollte sich die EU in den nächsten Jahren vor allem konzentrieren: auf die Stärkung der Wirtschaft, auf das Thema Zuwanderung, auf die Verteidigungsfähigkeit der EU, oder worauf sonst?"

Personen, die fordern, dass sich die EU verstärkt auf andere Themen als bisher konzentrieren soll

	%
Stärkung der Wirtschaft.....	66
Zuwanderung	59
Verteidigungsfähigkeit.....	46
Anderes.....	5

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Die große Mehrheit der EU-Befürworter glaubt an einen gemeinsamen Wertekanon

Tabelle A 14
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie sagen, es gibt gemeinsame Werte und Vorstellungen, die die Europäer von anderen unterscheiden, oder würden Sie das nicht sagen, sind die europäischen Länder dafür zu unterschiedlich?"

	Bevölkerung insgesamt	Europa ist unsere Zukunft	
		Befürworter	Gegner
	%	%	%
Gibt gemeinsame Werte	55	71.....	29
Würde das nicht sagen	27	17.....	53
Unentschieden	<u>18</u>	<u>12</u>	<u>18</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086, Mai 2024

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	-	-	4,5
2017:	Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	-	-	4,0
2018:	Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	-	-	4,0
2019:	Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	-	-	5,0
2020:	Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	-	-	4,5
2021:	Jahresdurchschnitt	28,5	10,5	20,0	19,0	6,5	10,0	-	-	5,5
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	1. Halbjahr	26,0	10,0	25,5	17,5	5,0	9,5	-	-	6,5
	2. Halbjahr	29,5	7,0	20,5	19,5	5,0	13,0	-	-	5,5
	Jahresdurchschnitt	28,0	8,5	23,0	18,5	5,0	11,0	-	-	6,0
2023:	1. Quartal	30,5	6,5	21,5	16,5	4,5	14,5	-	-	6,0
	2. Quartal	31,5	8,0	19,0	15,0	4,5	16,0	-	-	6,0
	7. - 19. Juli	29,0	7,0	19,0	16,0	4,0	18,0	-	-	7,0
	4. - 16. August	29,0	7,0	19,0	14,0	5,0	19,0	-	-	7,0
	12. - 26. August	30,0	8,0	20,0	14,0	4,5	18,0	-	-	5,5
	4. - 15. September	30,0	7,0	18,0	14,0	5,0	19,0	-	-	7,0
	6. - 19. Oktober	34,0	5,0	17,0	13,0	3,0	19,0	4,0	-	5,0
	3. - 16. November	32,0	6,0	17,0	13,5	3,5	19,0	4,0	-	5,0
	1. - 14. Dezember	34,0	5,0	17,0	15,0	3,5	18,0	3,0	-	4,5
	Jahresdurchschnitt	31,0	7,0	19,0	15,0	4,0	17,0	-	-	7,0
2024:	5. - 18. Januar	34,0	6,0	15,0	13,5	4,0	19,5	3,0	-	5,0
	3. - 15. Februar	32,0	6,0	15,0	14,0	3,0	18,0	-	7,0	5,0
	1. - 14. März	34,0	5,0	15,0	14,0	3,0	16,0	-	7,0	6,0
	5. - 18. April	32,5	6,0	16,0	15,0	3,0	16,0	-	7,0	4,5
	4. - 16. Mai	32,5	6,0	17,5	13,0	3,0	14,0	-	8,0	6,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.093 Personen.

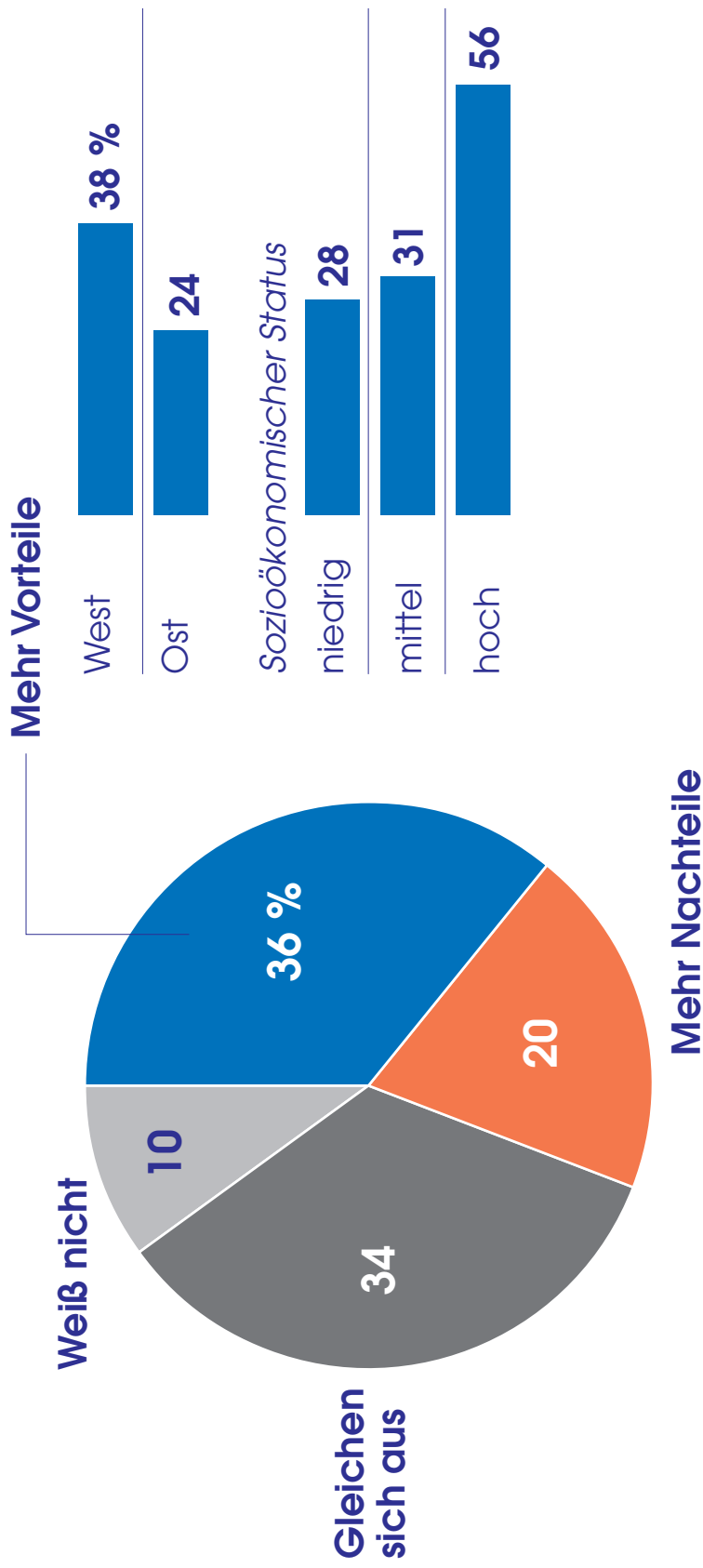
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 12086

Schaubilder

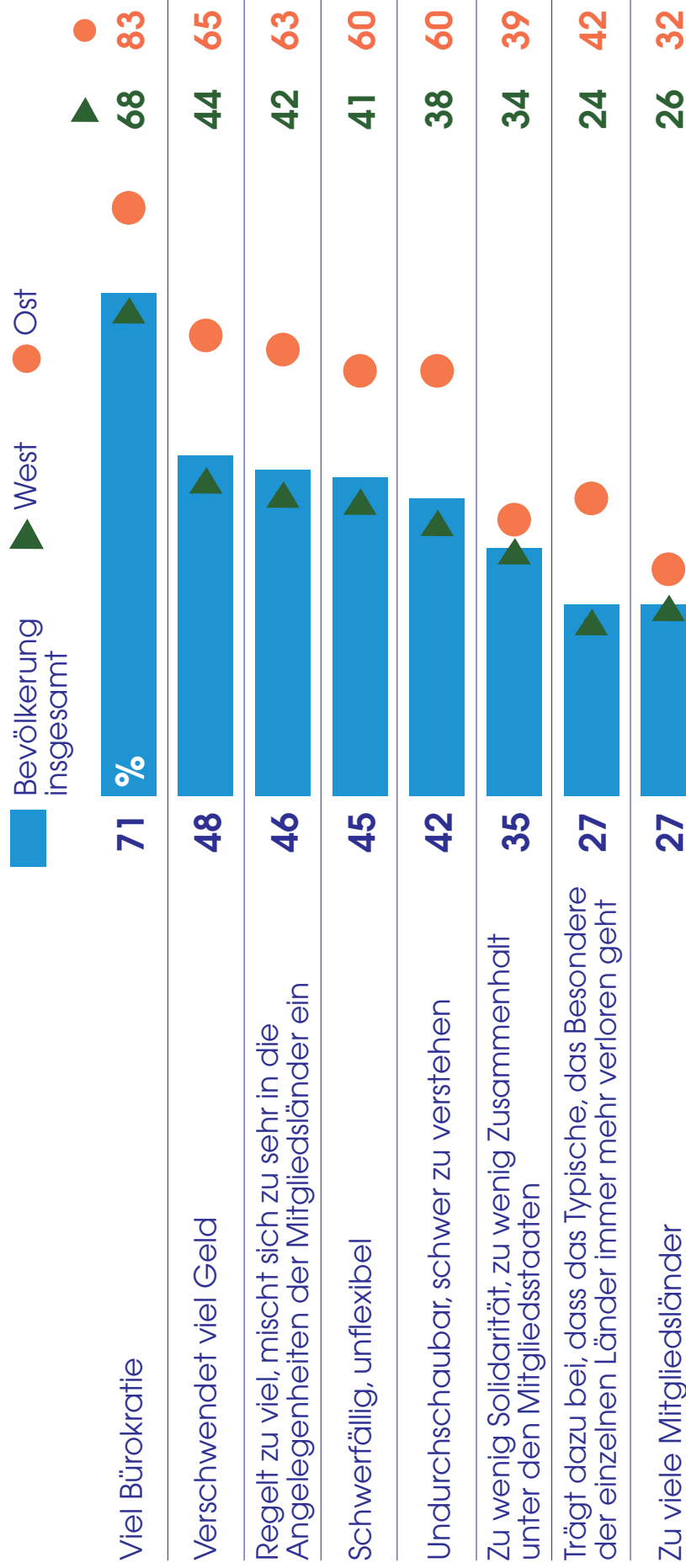
Bilanz der Mitgliedschaft

Frage: "Einmal ganz allgemein gefragt: Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"



Viel Kritik im Osten ...

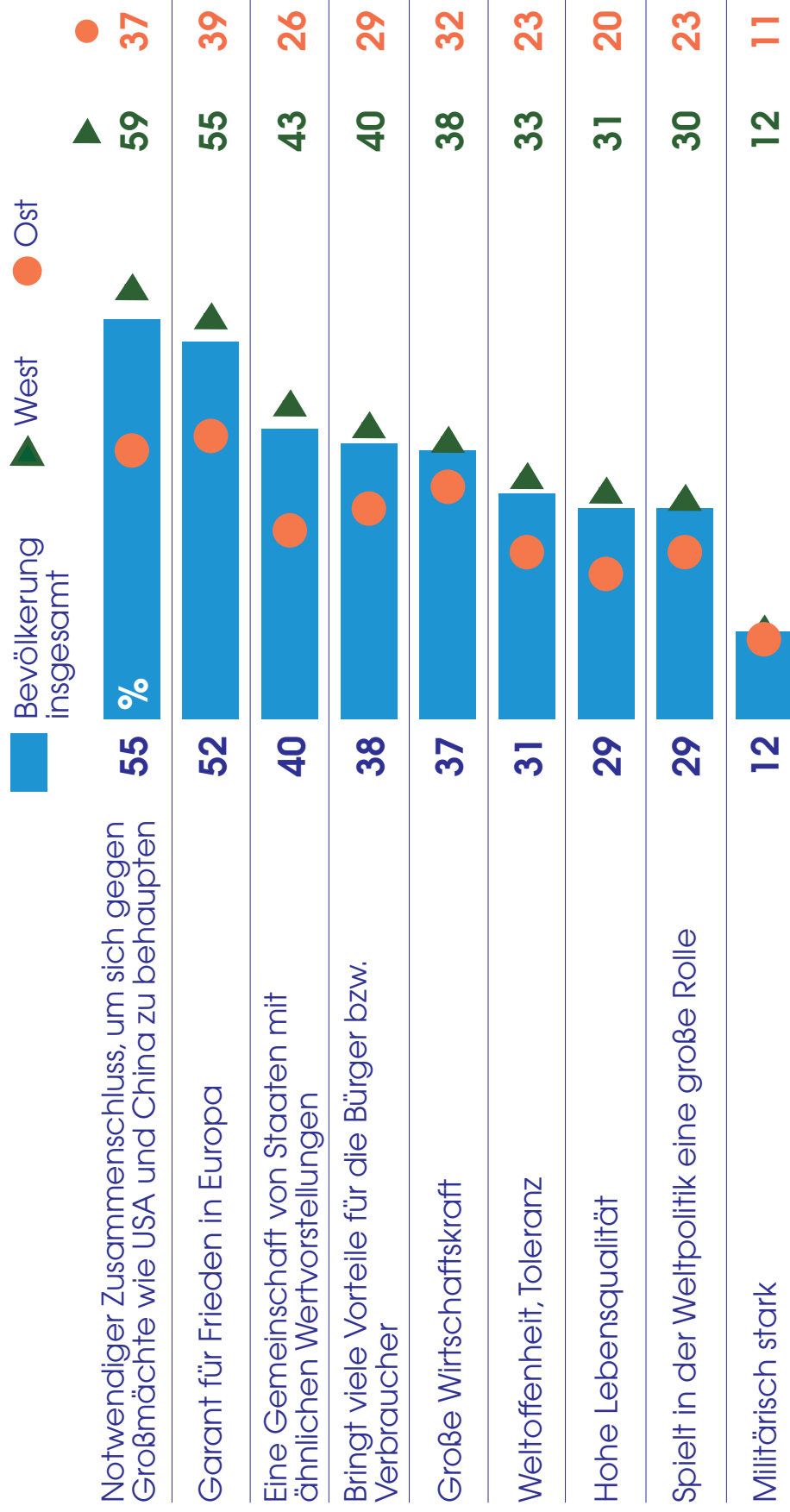
Frage: "Was kann man über die EU sagen? Hier auf der Liste ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086

... und mehr Anerkennung im Westen

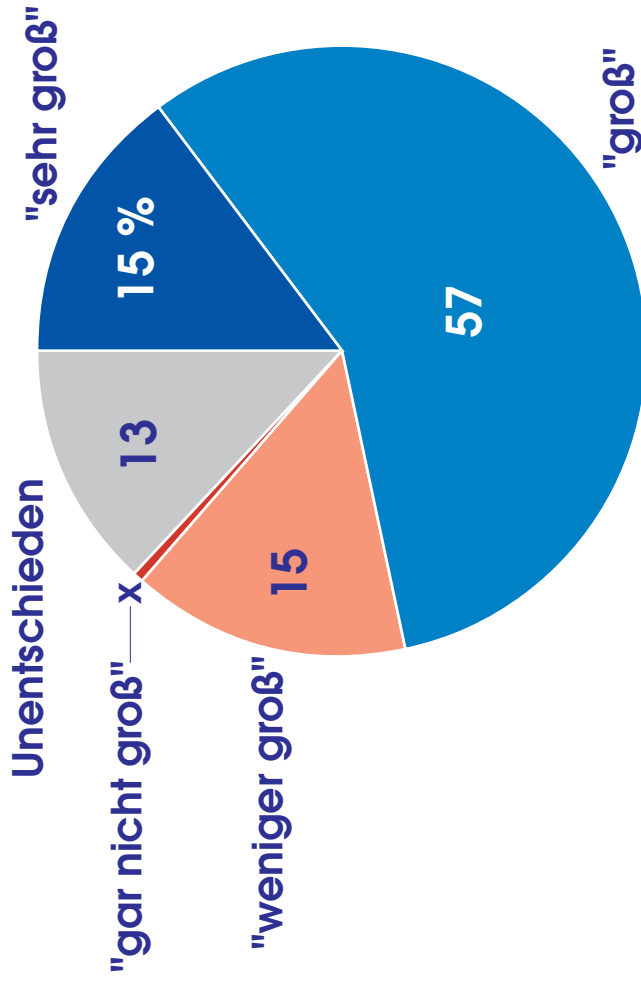
Frage: "Was kann man über die EU sagen? Hier auf der Liste ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086

Einflussreich

Frage: "Was würden Sie sagen: Wie groß ist der Einfluss von Bestimmungen und Regelungen der Europäischen Union auf die Wirtschaft in Deutschland? Würden Sie sagen, der Einfluss ist ..."

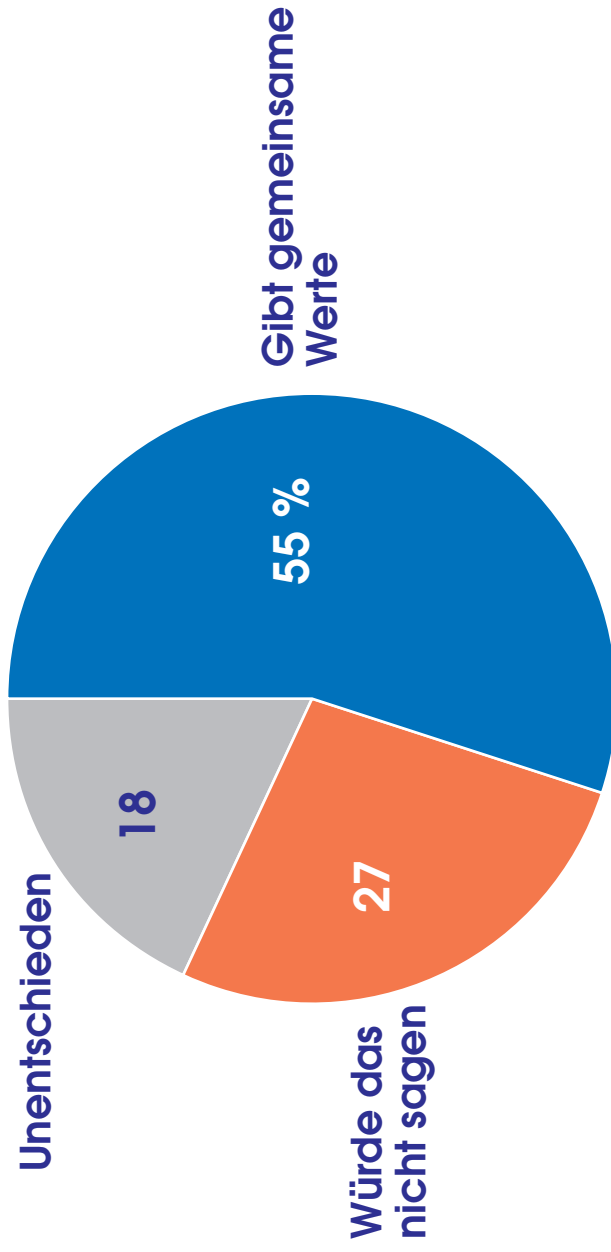


x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086

Wertegemeinschaft

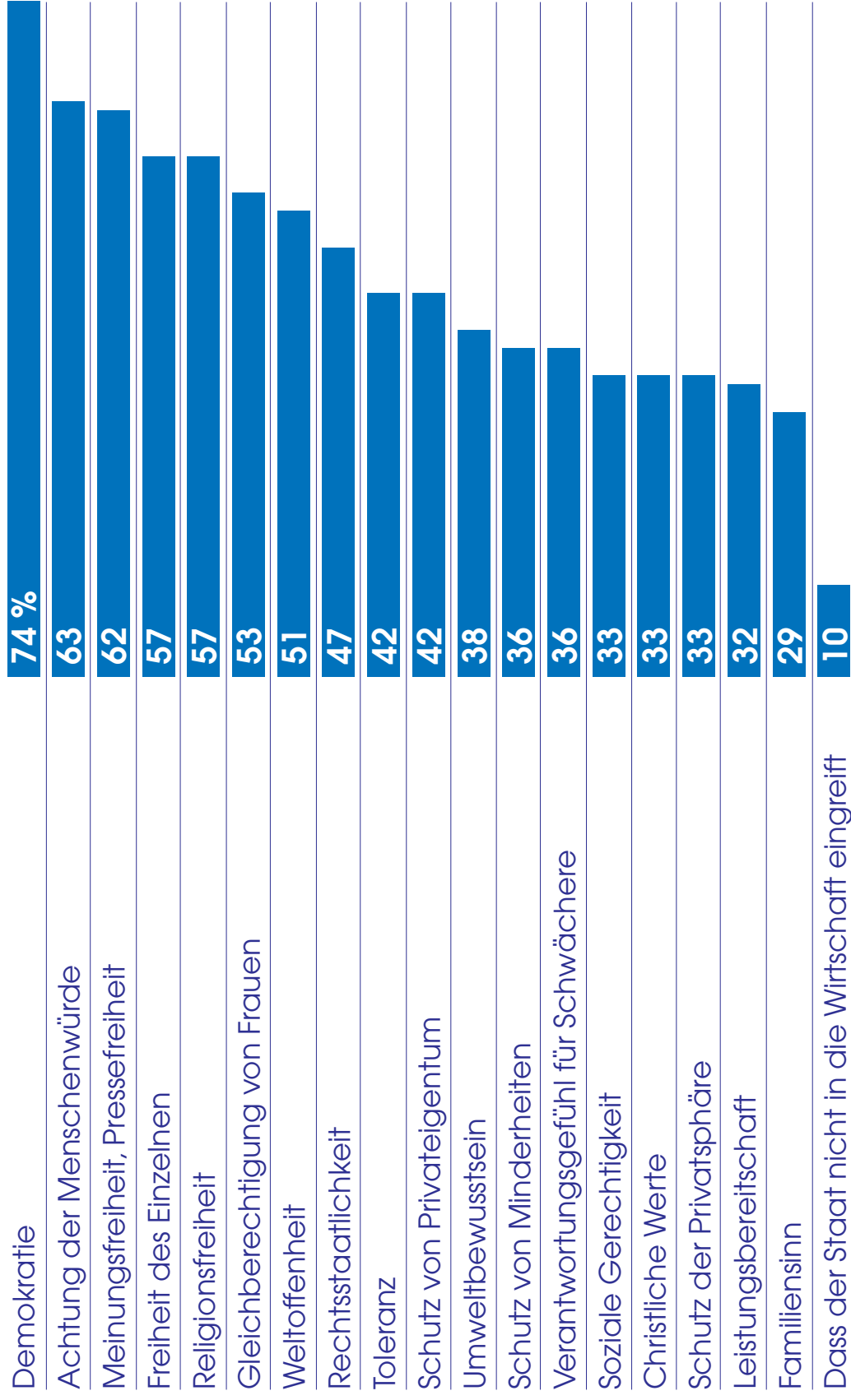
Frage: "Würden Sie sagen, es gibt gemeinsame Werte und Vorstellungen, die die Europäer von anderen unterscheiden, oder würden Sie das nicht sagen, sind die europäischen Länder dafür zu unterschiedlich?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086

Europäische Werte

Frage: "Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte, also Werte, die Sie mit Europa verbinden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12086

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119
vom 24. Mai 2024, S. 10, unter dem Titel:

"Geteiltes Deutschland. Osten und Westen haben ein
sehr unterschiedliches Bild von der EU."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Geteiltes Deutschland

Je näher die Europawahl kommt, desto mehr Aufmerksamkeit wird ihr von der Bevölkerung geschenkt. Noch vor acht Wochen trauten sich 35 Prozent kein Urteil zu, ob diese Wahl große Bedeutung hat; jetzt sind nur noch 22 Prozent unschlüssig, während die Überzeugung, dass diesem Ereignis besondere Bedeutung zukommt, von 34 auf 48 Prozent angewachsen ist. Auch die Entschlossenheit nimmt zu, sich an der Wahl zu beteiligen. Sie liegt derzeit über dem Niveau von 2019. Einer der Gründe ist das Erstarren europakritischer Parteien. 52 Prozent der Bürger halten diese Entwicklung, die sich in Deutschland wie in anderen Mitgliedsländern abzeichnet, für bedenklich. Immerhin fast jeder Fünfte kann diesem Trend jedoch Positives abgewinnen. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2019. Auch damals waren die Zugewinne für nationalistische europakritische Parteien für die Mehrheit schon ein Grund zur Sorge. Die Zahl derer, die das positiv sehen, ist jedoch von 13 auf 19 Prozent gestiegen.

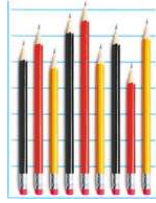
Die Unterstützung für europakritische Parteien wächst nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland. Dort kann sich knapp jeder Vierte vorstellen, bei der Europawahl für die AfD zu votieren, gut jeder Vierte zählt zum weiten Potential des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW). Auch wenn diese weiten Potentiale nur zum Teil ausgeschöpft werden, sind die Chancen für beide Parteien in Ostdeutschland weitaus größer als in Westdeutschland. Das hat nicht nur damit zu tun, dass auch unabhängig von der Europawahl AfD und BSW in Ostdeutschland weitaus mehr Anhänger haben. Ost und West unterscheiden sich nicht nur nach Parteisymphathien, auch in der Haltung zu Europa. Und diese Diskrepanz wächst.

Während die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung überzeugt ist, dass der europäische Weg für Deutschland der richtige ist, glauben das nur 40 Prozent der Ostdeutschen. Im Westen gehen 24 Prozent davon aus, dass die Beschlüsse auf europäischer Ebene für die Bürger überwiegend Nachteile mit sich bringen, im Osten sind es 43 Prozent. Signifikant weniger als die westdeutsche ist die ostdeutsche Bevölkerung überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU für Deutschland überwiegend Vorteile mit sich bringt. Das Bild von der EU ist in Ost und West ein anderes – fast als seien beide Landesteile noch getrennt.

Auch in Westdeutschland gibt es zwar weitverbreitete Kritik an der europäischen Ebene, insbesondere an der Brüsseler Bürokratie, Regulierungswut, Mittelverschwendung und Schwerfälligkeit, aber nicht annähernd so ausgeprägt wie in Ostdeutschland. In der Kritik an dem europäischen Beitrag zur Lähmung durch Bürokratie sind sich West und Ost noch weitgehend einig: 68 Prozent der Westdeutschen, 83 Prozent der Ostdeutschen assoziieren die EU mit überbordender Bürokratie. Die Vorwürfe der Mittelverschwendung, der überzogenen Regulierung und Schwerfälligkeit werden jedoch in Westdeutschland weitaus weniger erhoben, von rund 40 Prozent der Bürger, dagegen in Ostdeutschland von über 60 Prozent. Weitaus mehr als Westdeutsche befürchten Ostdeutsche auch, dass durch die europäische Ebene die Eigenart der Mitgliedsländer verloren geht.

Gleichzeitig sind die Bürger in Ostdeutschland weitaus weniger vom Sinn und Nutzen der EU überzeugt. Das gilt für die Einschätzung, dass ein solcher Zusammenhalt notwendig ist, um sich gegenüber Großmächten wie den USA und China zu behaupten, wie für den Beitrag der EU zur Friedenssicherung in Europa. 59 Prozent der Westdeutschen, aber nur 37 Prozent der Ostdeutschen sehen in der EU einen notwendigen Zusammenschluss, um die geopolitischen Herausforderungen zu bestehen.

Auch als Wertegemeinschaft, wirtschaftliches Schwergewicht oder Machtfaktor in der Welt wird die EU im Osten



Osten und Westen haben ein sehr unterschiedliches Bild von der EU.

Von Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

weitaus weniger anerkannt als im Westen. Während sich dort Anerkennung und Kritik weitgehend ausbalancieren, dominiert in Ostdeutschland die Kritik bei Weitem. Entsprechend finden die europakritischen Positionen von AfD und BSW dort einen ganz anderen Resonanzboden. Ihre Anhänger verbinden Zweifel, ob der europäische Weg überhaupt vernünftig ist. Insbesondere die Anhänger der AfD sprechen sich mehrheitlich dagegen aus, den europäischen Weg weiterzugehen, aber auch die relative Mehrheit der Anhänger des BSW. Von den Anhängern der anderen Parteien unterstützen zwischen 53 und 78 Prozent den europäischen Weg, von den Anhängern des BSW 34 Prozent, von den Anhängern der AfD gerade einmal elf Prozent.

Unterschiede im Blick auf Europa gibt es auch bei den sozialen Schichten. Der europäische Weg wird vor allem von den höheren Schichten unterstützt und vorangetrieben, während die schwächeren Schichten den Prozess distanzieren und teilweise auch besorgt verfolgen. In den höheren Schichten sehen 74 Prozent keine überzeugende Alternative zum europäischen Weg, in den schwächeren Schichten sind es nur 37 Prozent. Während in den höheren Schichten die Mehrheit überzeugt ist, dass die Regelungen auf europäischer Ebene für die Bürger überwiegend Vorteile mit sich bringen, gehen die schwächeren Schichten eher von Nachteilen aus. Auch in Bezug auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union fällt die Einschätzung der sozialen Schichten weit auseinander: Nur die höheren Schichten sind überwiegend optimistisch, die Mittelschicht und insbesondere die schwächeren sozialen Schichten pessimistisch.

Insgesamt dominiert zurzeit Skepsis. Nur 34 Prozent der Bürger sind in Bezug auf die Zukunftsperspektiven der Europäischen Union hoffnungsvoll gestimmt, 45 Prozent besorgt. Viele fürchten, dass der Zusammenhalt eher schwächer als stärker wird. Das Zutrauen in die Wirtschaftskraft der Union geht seit Jahren zurück, und die Unsicherheit ist groß, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft entwickeln wird. Nur gut jeder Fünfte ist zuversichtlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer der EU in den nächsten fünf Jahren zunimmt.

Der überwältigende Mehrheit ist bewusst, dass die europäische Ebene für die Chancen und Risiken der nationalen Volkswirtschaften von größter Bedeutung ist. 72 Prozent schreiben der EU großen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft zu. Nur eine Minderheit hat jedoch den Eindruck, dass dieser Einfluss überwiegend zu einer Stärkung der nationalen Volkswirtschaften führt; 50 Prozent gehen davon aus, dass die europäischen Regelungen und Vorgaben teilweise positive, aber auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, gut jeder Achte sieht sogar überwiegend Regelungen, die die Wirtschaft schwächen. Befragungen von Unternehmen zeigen ein weitaus kritischeres Urteil: Jedes zweite Unternehmen zieht zurzeit die Bilanz, dass die europäische Ebene für die nationalen Volkswirtschaften schwächt, nur 27 Prozent sehen überwiegend eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Beklagt wird vor allem ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie, das Ressourcen bindet und unternehmerische Spielräume einschränkt.

Es ist ein Problem, dass die Bevölkerung zwar die Bedeutung der europäischen Ebene für die Wirtschaft sieht, die Brüsseler Pläne und Maßnahmen aber kaum Gegenstand von detaillierter Information und öffentlicher Diskussion sind – von spektakulären Beschlüssen wie dem Verbrennerverbot abgesehen. Dies trägt dazu bei, dass sich weite Kreise der Bevölkerung kein Urteil zutrauen, ob die Politik der Europäischen Kommission ausreichend auch an dem Ziel ausgerichtet ist, wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Nur rund jeder Vierte hat Vertrauen, dass dies der Fall ist, 32 Prozent keinerlei Vertrauen; 41 Prozent sind in dieser Frage unsicher und trauen sich kein Urteil zu.

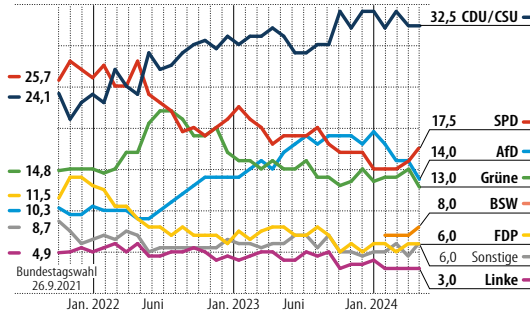
Die vorrangige Fokussierung auf den Green Deal möchten die meisten in der anstehenden Legislaturperiode nicht fortgesetzt sehen; sie fordern eine stärkere Berücksichtigung anderer Themen, insbesondere die Stärkung der Wirtschaft, die Regelung der Migration und die Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Hier gibt es allerdings einen gravierenden Dissens zwischen den Anhängern der Grünen, aber auch der SPD und Linken einerseits und den Anhängern der übrigen Parteien. Insbesondere die Anhänger der Grünen votieren mit überwältigender Mehrheit dafür, Umwelt- und Klimaschutz auch in den nächsten Jahren in der Europäischen Agenda Vorrang einzuräumen; gut jeder zweite Anhänger der SPD unterstützt dieses Votum. Unter den Anhängern der anderen Parteien, von CDU/CSU und FDP bis AfD und BSW, fordert die Mehrheit eine stärkere Fokussierung auf andere Anliegen.

Wenn die Bürger ihr Bild von der EU beschreiben, entwickeln zunächst 40 Prozent die Vorstellung, dass es ein Staatenbund ist, in dem sich Länder mit ähnlichen Wertvorstellungen zusammenfinden. Wenn explizit die Frage gestellt wird, ob es gemeinsame Werte und Vorstellungen gibt, die Europäer von anderen unterscheiden, zeigen sich 55 Prozent überzeugt, dass das der Fall ist, nur 27 Prozent widersprechen dezidiert. Von denjenigen, die sich mit dem europäischen Weg identifizieren, sind annähernd drei Viertel von einem spezifischen und gemeinsamen europäischen Wertekanon überzeugt.

Europäische Werte, das sind für die große Mehrheit vor allem Demokratie, Achtung der Menschenwürde, Meinungsfreiheit, die individuelle Freiheit, sein Leben zu gestalten, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung und Weltoffenheit. Auch Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und der Schutz von Privateigentum sind für viele Werte, die in Europa hochgehalten werden. Die Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon zeigen, dass das Fundament für eine Identifikation mit diesem Kontinent existiert und das Potential hat, der EU Strahlkraft nach innen und außen zu verleihen.

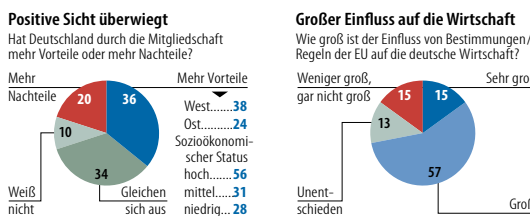
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)

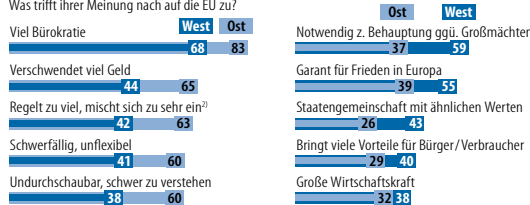


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 4. bis 16.5.2024, 1093 Befragte, gerundete Angaben. FAZ-Grafik für.

Bilanz deutscher EU-Mitgliedschaft



Viel Kritik an der EU im Osten, mehr Anerkennung im Westen¹⁾



1) Vorgegebene Liste; Auswahl. 2) In Angelegenheiten der Mitglieder. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/FAZ-Grafik für.